

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die dreigespaltene Pettzelle oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schern, Nürnberg, Saitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Saitpoldstraße 9.

Inhalt: Die Verschmelzung der Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter (S. 29) mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. — Kritische Betrachtungen über die letzte Generalversammlung der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter in München. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Karlsruher Metallarbeiter im Jahre 1901. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das 2. Halbjahr 1901. I. — D. M.-V.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allg. Kr.- u. Sterbef. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. Bekanntmachung der Revisionskommission. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Metallarbeitern aller Branchen nach Paris, da dort ebenfalls große Arbeitslosigkeit herrscht und die zureisenden Metallarbeiter aus Deutschland wegen Unkenntnis der Sprache vielfach zum Lohnbrüder gegen ihre französischen Kollegen gebraucht werden;
- von Dauschlossern nach Bremen, L.;
- von Bolzenschmiedern nach Schwelm (Gorbes & Co.) St.;
- von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Wüttner, Junger, Schlipfänger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach Augsburg (Maas Nachfolger) A.; nach Breslau (Eisengießerei von Lohnstädt) R.; nach Bunzlauer Eisenwerke, Gießerei von Breitenfeld & Schulz, Gießerei von M. Probst) Lohnreduktion; nach Freiberg i. S. (Eisengießerei von Müngner & Schönher) R.; nach Heidenau b. Dresden (Kochstroh & Schneider) A.; nach Oelsnitz i. Vogtl. (Moltrecht & Meißner) A.; nach Remscheid (U. Spies) D.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach München (Rosenau) D.;
- von Klempnern und Emailarbeitern nach Mülhausen i. Elz. (Weierle, Fabr. f. Zinkornam.);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Hirschberg i. Sch. (Urmaturenfabrik von Heine & Seifert) A.; nach Pöhlitz i. Ch. (U. Schöne) M.; nach Warstein in Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
- von Metallbrüclern nach Fürth (Metallwarenfabrik Haffelbacher) M.;
- von Metallschlägern nach Nürnberg D.;
- von Schlossern und Schmiedern nach Mülhausen i. G. (Weierle, Fabr. für Zinkornamente, Eisenkonstruktion und Kunstschmiede);
- von Silberarbeitern nach Breslau (Demov) Str. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Verschmelzung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29) mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Die Frage der Verschmelzung der obigen Kranken- und Sterbekasse mit unserem Verband ist ein alter Bekannter. Schon mehreren unserer Generalversammlungen hat er vorgelegen und auf mehreren derselben ist er auch schon durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden. Möchte er bisher nur wenig Aufmerksamkeit auf sich lenken, so schien dies letzthin anders, wo ein darauf abzielender Antrag von der Nürnberger Filiale der Krankenkasse auf der in der Pfingstwoche zu München tagenden Generalversammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29) gestellt wurde.

Was diesen Antrag veranlaßte, ist mir nicht bekannt. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß es die zum Theil sehr ansehnliche Behandlung war, die der Vorstand der Kasse einigen Mitgliedern zu Theil werden ließ, indem er sie zu Rassenräubern stempelte und durch Ausschluß aus der Kasse ihrer Rechte beraubte. Andererseits ist aber kaum daran zu zweifeln, daß dem weitläufigen größten Theil der Anhänger des auf

der letzten Generalversammlung in München gestellten Antrages die Erkenntnis, daß auch die Beihilfe im Krankheits- und Sterbefalle eines Mitgliedes zu den Pflichten einer Gewerkschaft gehören, den von Nürnberg gestellten Antrag unterstützen ließ. Dafür spricht schon der Umstand, daß auf verschiedenen Generalversammlungen unseres Verbandes Anträge auf Einführung dieses Unterstützungszweiges gestellt wurden, und schon lange, ehe die Mißstimmung gegen den Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter eine solche Höhe erreicht hatte, hier und da der schüchternen Versuch gemacht wurde, Anhänger für die Verschmelzungsidee zu gewinnen. Charakteristisch ist hierbei die mir neulich von einem älteren Verbands- und Rassenmitglied, das durch die Beschlüsse der letzten Krankenkassen-Generalversammlung wohl sicher in die Kategorie der „Rassenräuber“ einrangiert wird, gemachte Bemerkung: „Gäße das Sozialistengesetz unsere internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter nicht weggefegt, so brauchten wir heute nicht unsere Zeit mit der Verathung solcher Anträge zu verschwenden.“ Das ist unzweifelhaft richtig. In dem Programm der erwähnten Gewerkschaft war ja die Gründung einer Kranken- und Sterbekasse vorgesehen.

Wenn sich aber einmal die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß der Ausbau des Unterstützungswesens im Verbands nach der Richtung hin notwendig ist, so liegt es nicht nur nahe, sondern es ist sogar selbstverständlich, daß man, ehe man zu einer neuen Gründung schreitet, vorhandene Einrichtungen sich nutzbar zu machen sucht. Das Streben einiger Mitglieder, die Krankenkasse der Metallarbeiter mit dem Verbands zu verschmelzen, erscheint daher durchaus erklärlich. Es scheint sogar eine gewisse Berechtigung dafür vorhanden zu sein, weil durch Erstarken der Gewerkschaften auch die Krankenkassen profitieren. Starke Gewerkschaften vermögen die Lage des Arbeiters zu verbessern. Hebung der Lage des Arbeiters bedeutet aber auch Hebung der Widerstandskraft gegen Krankheiten und Siechthum. Jede zielbewusste Gewerkschaft hat wesentlich Antheil an der Krankenfürsorge, indem sie durch Hebung der Lage der Arbeiterklasse Krankheiten vorbeugt. Neben dieser indirekten Unterstützung der Krankenkasse durch die Gewerkschaft hat aber auch unser Verband durch direkten Hinweis seiner Mitglieder auf diese bestehende Institution sowie durch Betonung der Nothwendigkeit ausreichender Versicherung gegen Krankheit für die Krankenkasse gewirkt. Schließlich dürfte aber auch die Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands eine Erleichterung erfahren haben. Also sowohl die direkte Thätigkeit durch Agitation für die Krankenkasse durch Mitglieder unseres Verbandes, als auch die unbewusste, unbeabsichtigte, wie sie durch Ausbau der bisherigen Unterstützungseinrichtungen im Verbands zu Tage tritt, läßt das Streben auf Verschmelzung erklärlich erscheinen und gibt dem darin liegenden Drängen nach mehr Einfluß der organisierten Mitglieder der Kasse auf dieselbe eine gewisse Berechtigung.

Nichts desto weniger ist aber der Weg, durch Verschmelzung der Metallarbeiter-Krankenkasse mit dem Metallarbeiter-Verband dem Letzteren zu einer Krankenzuschußkasse zu verhelfen, nicht gangbar, und ist es daher gar nicht verwunderlich, daß der Antrag der Nürnberger Filiale auf der Krankenkassen-Generalversammlung in München abgelehnt wurde. Schreiber dieses

hat es dem Antragsteller schon vor der Generalversammlung gesagt und sieht sich, auf wiederholtes Drängen verschiedener Mitglieder des Verbandes veranlaßt, hier nochmals die wesentlichsten Gründe für seine Ansicht anzuführen.

Zunächst bestehen gesetzliche Schwierigkeiten. Die Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29) ist, wie die Buchstaben E. G. andeuten, eine eingeschriebene Gildeskasse und untersteht als solche dem für diese geltenden Gesetzesbestimmungen. Die Rechte, die sie ihren Mitgliedern einräumt, sind für die Kasse selbst bindende Pflichten. Sie steht nicht in einem so einfachen Vertragsverhältnis zu ihren Mitgliedern, wie beispielsweise unser Verband zu seinen Mitgliedern steht. Die Unterstützungen unseres Verbandes an unsere Mitglieder sind freiwillige. Den Mitgliedern steht kein klagbares Recht auf diese Unterstützungen zu. Sie werden auch nach dem Statut nur gewährt, soweit die Mittel dazu ausreichen. Anders bei der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Sie kann auf Grund des Gesetzes, dem sie untersteht, zur Innehaltung ihrer Verpflichtungen angehalten werden. Sie muß eine Gewähr für die Durchführbarkeit ihrer Aufgaben bieten, sie muß zu diesem Zwecke einen bestimmten Reservefond ansammeln, und gerade in letzterem besteht die Schwierigkeit, ja geradezu gesagt, die Unmöglichkeit der Verschmelzung. Soll sich die Kasse in ihrer jetzigen Gestalt mit dem Verbands verschmelzen, so kann das nur auf Kosten der Selbstständigkeit des Letzteren geschehen. Der Verband müßte seine Statuten denen der Krankenkasse akkomodieren und hörte auf, Gewerkschaft zu sein, er würde Krankenkasse.

Das ist doch aber nicht die Absicht der die Verschmelzung betreibenden Mitglieder, sondern das Gegenteil. Sie wollen dem Verbands dadurch mehr Mittel und Mitglieder zuführen. Sie legen gerade Werth darauf, daß die von der Kasse angesammelten Gelder dem Verbands im Nothfalle auch für seine Aufgaben zur Verfügung stehen sollen. Das ist aber, sowie die Kasse jetzt besteht, unmöglich. Wenn die Kasse wirklich sich verschmelzen könnte, so könnte sie, sofern sonst gesetzliche Hinderungsgründe nicht vorliegen, das höchstens als Unter- oder Nebenverwaltung thun. Sie wäre dann wohl mit uns föderirt, aber nicht vereinigt. Wir könnten dann wohl einen Einfluß auf unsere Mitglieder ausüben, daß sie der Kasse angehören müssen, wir könnten sogar den Eintritt bei uns von der Zugehörigkeit bei der Krankenkassenabtheilung abhängig machen, nicht aber umgekehrt. Die über der Krankenkasse stehende Aufsichtsbehörde würde sicher dafür sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Von der Verwendung der Mittel der Krankenkasse für andere Zwecke, für reine Verbandszwecke, wäre unter diesen Umständen natürlich ebenfalls keine Rede, wie ja die Buchdrucker bei ihrem Streik 1891/92 haben erfahren müssen. Eine solche Vereinigung hätte für den Verbands nicht den mindesten Zweck, sondern wäre nur ein Gemisch für ihn.

Salt! Könnte hier Jemand einwenden, wer verpflichtet die Krankenkasse, sich dem Gildeskassengesetz zu unterwerfen? Was hindert die Kasse daran, sich ähnlich wie der Verband umzugestalten und nur Unterstützung zu gewähren, auf die den Mitgliedern ein klagbares Recht nicht zusteht? Es mag wohl richtig sein, daß in der Theorie Hinderungsgründe einer solchen Umwandlung nicht entgegenstehen, in den Praxis ha-

stehen sie aber sicherlich. Zur Zeit untersteht die Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter dem Hilfskassengesetz und ist diesem unterworfen. Sich dem Gesetze entziehen kann sie sich nur durch Auflösung. Sie müßte sich auflösen und an ihre Stelle müßte eine neue Kasse auf freierer Grundlage errichtet werden, die dem Gesetze nicht mehr untersteht. Die Umwandlung müßte also auf dem Umwege der Liquidation der jetzigen Kasse und der Errichtung einer neuen, der eventuell das verbleibende Vermögen übertragen würde, vollzogen werden. Eine solche Umwandlung erscheint mir unmöglich.

Nach § 36 des Kassenstatuts kann eine freiwillige Auflösung der Kasse nur in einer Generalversammlung unter Zustimmung von mindestens vier Fünfteln sämtlicher vertretenen Stimmen erfolgen. Eine solche Mehrheit zu Stande zu bringen, wird nie gelingen. Zunächst besteht die Kasse ja nicht nur aus Metallarbeitern, sondern es gehören ihr auch andere gewerbliche Arbeiter an. Die Zahl der Nicht-Metallarbeiter schätze ich immerhin groß genug, um die verlangte 4/5 Mehrheit zu verhindern. Sodann aber hat doch die Umwandlung der Kasse auf dem Wege der Liquidation und der darauf folgenden Neugründung nur für diejenigen Mitglieder Interesse, die dem Metallarbeiter-Verband angehören. Wie groß diese Zahl ist, ist nicht bekannt, daß sie aber nur geringen Einfluß besitzt, beweisen die bisherigen Generalversammlungen der Krankenkasse, und man wird wohl, ohne einen Fehler zu begehen, behaupten dürfen, daß sich die Mitglieder unseres Verbandes und die nicht Organisierten in der Krankenkasse die Waage halten werden. Ist dies der Fall, so wären die nicht Organisierten der Nicht-Metallarbeiter in der Krankenkasse hinzuzurechnen, sodaß im günstigsten Falle, d. h. wenn alle Verbandsmitglieder für eine Auflösung zum Zwecke der Verschmelzung wären, noch nicht einmal die Hälfte der Kassenmitglieder zusammenzubringen wäre. Anstatt einer Mehrheit von 4/5 der vertretenen Stimmen würde also kaum die Hälfte sich für eine Auflösung erwärmen.

Hierzu kommt noch die Thatsache, daß nicht einmal alle Verbandsmitglieder als Mitglieder der Krankenkasse einer Verschmelzung das Wort reden können und werden, und daß daher die Zahl der Anhänger dieses Projektes mit 1/3 im ganzen wohl kaum als zu niedrig eingeschätzt werden dürfte. Eine kleine Bestätigung gibt ja die Abstimmung über den Antrag der Münchener Filiale auf der heutigen Generalversammlung in München. Von den circa 160 Delegirten, also ungefähr der zehnte Theil, für den Münchener Antrag, wobei noch besonders hervorzuheben ist, daß der Antrag nicht die Verschmelzung ansich forderte, sondern nur Unterhandlungen unter den beteiligten Vorständen darüber wünschte, ob und unter welchen Umständen eine Verschmelzung möglich wäre. Ebenso wenig wie sich aber eine Mehrheit finden wird für eine Auflösung zum Zwecke der Errichtung einer neuen Kasse auf freierer Grundlage, ebenso wenig wird sich eine solche zur Auflösung überhaupt zum Zwecke des sofortigen Uebertritts in den Verband finden.

Aber selbst angenommen, es gelänge, die statutarische Mehrheit für eine Verschmelzung zu gewinnen und zunächst die Liquidation der Krankenkasse herbeizuführen, so wäre damit wenig erreicht, weil dadurch dem Verband weder der vorhandene Mitgliederstand noch die Finanzen der Kasse gesichert wären.

Der dem Gesetz entsprechende § 37 des Kassenstatuts bestimmt:

Das nach Auflösung oder Schließung der Kasse verbleibende Vermögen wird zunächst zur Deckung aller Verbindlichkeiten der Kasse verwendet. Für den Fall, daß nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten ein Vermögensüberschuß verbleibt, wird derselbe, sofern nicht die Kasse mit Aktien und Passiven zu einer anderen Kasse übertritten sollte, unter die alsdann vorhandenen Mitglieder gleichmäßig vertheilt.

Von dem in diesem Paragraphen vorgezeichneten Uebertritt der Kasse zu einer anderen können wir hier ganz absehen, da der Metallarbeiterverband als „andere Kasse“ weder nach dem Sinne des Gesetzes noch des Statuts der Krankenkasse zu betrachten ist. Der Uebertritt der vorhandenen Mitglieder der Kasse würde also nur der Entschlebung jedes einzelnen Mitgliedes überlassen bleiben müssen. Spätestens

glied müßte bei der Liquidation nach Deckung der vorhandenen Verbindlichkeiten erklären, ob es seinen Antheil selbst ausgezahlt erhalten oder ob es ihn dem Verband überwiesen wissen will. Der Uebertritt würde also nicht in corpore, sondern im Einzelnen erfolgen und darin liegt die Gefahr, daß er nur in geringem Maße erfolgen würde.

Durch diese Möglichkeit, oder richtiger gesagt, durch diese voraussichtliche Wahrscheinlichkeit, würde aber dem Verband wenig oder garnichts genügt sein. Ein Theil der Mitglieder der Kasse, der der Nicht-Metallarbeiter, könnte ja ohnehin nicht zum Verband übertreten, ein anderer Theil, der der nicht organisierten Metallarbeiter, würde sehr wahrscheinlich ebenfalls fernbleiben und der dritte, und sehr wahrscheinlich kleinste Theil der im Verband organisierten Mitglieder der Kasse würde wohl übertreten, auch den ihm aus dem Kassenvermögen zustehenden Antheil dem Verband überweisen, dies letztere aber wohl kaum bedingungslos thun. Eine nicht unbedeutende Zahl der Kassenmitglieder, gehört der Kasse seit Jahren an, befindet sich wohl auch in einem Alter, in dem er in eine andere Krankenkasse nicht mehr aufgenommen werden kann, und wird daher, um sich gegen Krankheitskosten zu sichern, ohne daß er gerade „Kassenmensch“ zu sein braucht, darauf bedacht sein müssen, sich die einmal erworbenen Rechte auch beim Uebertritt in den Verband gegen Ueberweisung seines Kassenantheils gewährleisten zu lassen. Das Risiko, das der Verband dadurch übernehmen müßte, wäre im Vergleich zum überwiesenen Vermögen und der übertretenden Mitgliederzahl ein so hohes, daß eine solche Verschmelzung für den Verband absolut nicht den mindesten Vortheil, sondern eher Nachtheil haben dürfte. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl würde nicht stattfinden, da ja fast nur Verbandsmitglieder ihr Vermögen überweisen würden. Eine Verbesserung der Verbandsfinanzen würde ebenfalls nicht erreicht, da die überwiesenen Vermögensantheile wohl kaum zur Gewährleistung der zu übernehmenden Verpflichtungen an die übertretenden Kassenmitglieder ausreichen dürften. Der Zweck, der durch die Verschmelzung erreicht werden sollte, nämlich dem Verband ohne große Umwälzungen zu einer weiteren Unterstützungseinrichtung zu verhelfen, würde auf keinen Fall erreicht. Im Gegentheil, um allen Mitgliedern das Gleiche zu bieten, was den übertretenden Kassenmitgliedern auf Grund ihrer Ueberweisungen geboten werden müßte, wäre eine bedeutende Erhöhung der Verbandsbeiträge notwendig, die meines Erachtens mit einem Male über Nacht kaum ohne Gefahr für den Verband eingeführt werden könnte, sondern nur nach und nach, dem Verlangen der Mitglieder nach höheren Leistungen aus dem Verband entsprechend, bewirkt werden kann.

Aber selbst wenn alle der Kasse angehörenden Metallarbeiter zum Verband übertreten würden, erscheint es mir sehr fraglich, ob damit dem Verband gedient wäre. Gerade einige Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Kasse in München geben zu denken. Sie reden eine nur zu berechtigte Sprache dafür, daß einem großen Theile der Kassenmitglieder das Verständnis für die sozialen Aufgaben der Krankenkasse abgeht. Diese Mitglieder müßten natürlich bei einem Massen-Uebertritt in den Verband mit übernommen werden und dies wäre schwerlich im Interesse des Verbandes, weil der Verband wohl kaum in der Lage wäre, sein Aufklärungswerk mit dem Erfolge fortzusetzen wie bisher und wie es bei langsamer und stetiger Zunahme durch Heranziehung Differenter geschehen kann.

Alles in Allem also halte ich die Arbeit, die auf die Agitation für die Verschmelzung der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verwendet wird, für vergebene Mühe, weil, wie ich glaube oben dargelegt zu haben, die Verschmelzung weder möglich ist, noch wenn sie möglich sein sollte, für den Verband von Vortheil wäre. Ich halte es für richtiger, wenn alle die, die jetzt ihre Aufmerksamkeit der Verschmelzungsidee gewidmet haben, sie künftighin dem Ausbau des Unterstützungswesens im Verbands selbst widmen würden, weil die Frage der Krankenunterstützung dann sicher in einer Weise gelöst werden kann, die den Mitgliedern Vortheil bringt, ohne den Verband in Nachtheil zu setzen.

Stuttgart. Alexander Schlick.

Kritische Betrachtungen

über die letzte Generalversammlung der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter in München.

Wenn bei Gewerkschaften, Krankenkassen oder sonstigen Verbänden Generalversammlungen vor der Thüre stehen, entspinnt sich gewöhnlich eine lebhafteste Debatte in Versammlungen sowie in der Presse über die bestehenden Mängel im Statut, oder auch über die Geschäftsführung der leitenden Personen. Die gewählten Delegirten gehen auch mit der Forderung auf die Generalversammlung, daß dort die Mängel abgeschafft und möglichst Verbesserungen im Statut, die ja nicht immer die Kasse belasten müssen, vorgenommen werden. Nicht immer, oder nur sehr selten, gelingt dies vollständig, ein Theil der Wünsche und Anregungen wird immer wieder zurückgestellt, oder abgelehnt. Es ist dies auch gut so, denn sehr wohlgemeinte Anträge und Vorschläge werden oft zum Schaden der betr. Corporation ausfallen. Wenn aber Delegirte mit vollständig leeren Händen nach Hause zurückkehren oder gar Rechte der Mitglieder noch beschneiden worden sind, so muß dies doch bei den Mitgliedern ein bitteres Gefühl erregen und ein Groll gegen die Macher solcher sozialpolitisch-rückständiger Anträge aufsteigen. Und Mache war viel auf der Generalversammlung der Metallarbeiterkrankenkasse in München. Schon bei der Wahl der verschiedenen Kommissionen äußerte man sich, trotzdem gegen 95 Delegirte anwesend waren, die zum ersten Male eine Generalversammlung besuchten, auch nur einen dieser neuen mitzubewählen. Wie mir schien, gab man auch besonders Acht, welche Anträge von verschiedenen Filialen gestellt würden, damit kein räudiges Schaf hereinkomme.

Das Erkundigungssystem des Vorstandes bildete ja zunächst in den ersten Tagen den beständigen Angriffspunkt; in nicht sehr geschickter Weise verteidigte sich der Vorstand dagegen. Seine Einwendung war zumeist die: ich oder wir haben diese Maßnahmen im Interesse der Kasse gemacht und es kann uns persönlich gleich sein, wenn Sie anders beschließen. Von einzelnen Seiten würden ja die Anklagen gegen den Vorstand etwas kräftiger ausgefallen sein, wenn mehr Redefreiheit hätte gestattet werden können. In fünf Minuten kann man von zweijährigen Erfahrungen sehr wenig sprechen. Bei der hohen Anzahl der Delegirten (165) ist dies leider unmöglich und es ist zu bedauern, daß alle Anträge auf Herabminderung der Leistungen, in Zukunft besonders Kasse Fälle in der Presse zu diskutieren. Von den Anträgen und Beschlüssen der Generalversammlung selbst will ich heute nur zwei derselben einer Kritik unterwerfen. Der erste, von verschiedenen Filialen gestellt, betraf eine event. Verschmelzung der Kasse mit dem Deutschen Metallarbeiterverband. Hier standen sich zwei Anschauungen gegenüber, die Organisirte — dort Unorganisirte. Waren die Antragsteller sich in vornherein schon bewußt, daß sie weder eine einfache Majorität, geschweige denn schon die nötige 2/3 finden würden, zudem schon bei dem Vorstandsbericht gegen die Anregung in geschickter Weise scharf gemacht wurde, so waren sie doch pass, in welcher Weise sämtliche Anträge abgelehnt wurden. Es bedurfte erst noch eines Eventualantrages, der dahin ging, daß die beiden Vorstände gemeinschaftliche Beratung halten sollten, ob eine Verschmelzung in dieser Frage möglich wäre, um die Diskussion überhaupt aufzunehmen. Aber nachdem zwei Redner in der sachlichsten Weise dafür eingetreten, wurde durch Annahme eines Schlußantrages die Debatte geschlossen und auch dieser gewiß nicht zu viel verlangende Antrag mit über 2/3 Majorität abgelehnt. Man wollte nicht, und hatte auch keine Zeit, denn schon war der letzte Verhandlungstag und von der Statutenberatung war soviel wie nichts geschehen im Plenum. Sie überhaupt fast alle wichtigsten Angelegenheiten am letzten Tage sich zusammenschoben.

Ueber Einführung einer Krankenkasse im Verband wird sich in nächster Zeit sehr wahrscheinlich eine Diskussion entwickeln und habe ich es heute nicht nötig, das Für und Wider des Weiteren zu besprechen. Aber das sei noch gesagt: so sehr ich Befürworter einer Verschmelzung war, so sehr bin ich Gegner durch diese Generalversammlung geworden. Und zwar im Interesse unseres Verbandes. Ich habe mich überzeugt, daß die übergroße Mehrzahl der Kassenmitglieder nicht organisiert ist und auch davon nichts wissen wollen. Ferner ist die Mehrzahl der Organisierten Gegner einer Verschmelzung, verknöcherte Kassenmensch, die sozialpolitischen Entwicklungen entgegenstehen. Und aus solchen Kreisen eine Mehrung der Mitgliedschaft des Verbandes wie auch etwaige Übernahme von Beamten der Krankenkasse in den Verband, würde kein Gewinn für denselben bilden. Ich bin auch der Meinung, daß für solche Beamten überhaupt kein Platz in einer Arbeiterorganisation ist.

Das Non plus ultra leistete sich entschieden der Vorstand durch seinen Antrag, daß die Mitglieder, die außer einer Zwangsversicherung noch einer dritten Krankenkasse angehören und bis dato in der Metallarbeiterkrankenkasse in die 1. Klasse bezahlten, in Zukunft in die 4. Klasse zurücktreten müssen. Dies bedeutet eine Vermindderung des Krankengeldes von 13,80 M. auf 5,70 M., der Sterbegelder bei Vollberechtigung von 120,00 M. auf 55,00 M. Wenn ein deraartiger Antrag aus irgend einem abstrusen Bauerndorf gekommen wäre, wo Arbeiter mit Löhnen von 8—12 M. pro Woche abgepeißt werden, würde uns ein deraartiger Antrag nicht gewundert haben. Aber vom Vorstande, und aus Hamburg, einer Stadt, die entschieden eine intelligente Arbeiterschaft besitzt, die sicher die höchsten Löhne verdient, muß man sich doch unwillkürlich an den Kopf greifen. Hat denn der Vorstand Nacht geschlafen und so wenig von allen sozialpolitischen Fortschritten gemerkt, oder hat er die Fühlung mit den Mitgliedern verloren? Ich nehme an, daß der Vorsitzende des Vorstandes, der Vater des Gehaltens ist, denn bei seinem großen, oftmals sehr unheimlichen Einflusse den er besitzt, wäre es ihm ein Leichtes gewesen, deraartige An-

träge auf eine sozialpolitische Norm zurückzuführen. Ich will hier eine kleine Rechnung aufstellen. Ein Mitglied der ersten Klasse ist noch in einer Fabrik, Zwangs- oder Ortsklasse verweilt. In letzteren werden außer Arzt- und Apothekerkosten meist nur bis zu 9 Mk. Krankengeld bezahlt, so daß der Kranke 22,80 Mk. Krankengeld erhält. Der Lohn eines gelernten Arbeiters ist in den Großstädten oftmals bis 24,00 Mk. und höher pro Woche. Ein Verdienst in dieser Höhe ist in einer Großstadt für einen Familienvater kein ausreichendes. Das fortwährende Steigen aller Ausgaben, für Lebensmittel, die enormen Mietserhöhungen zwingen den Mann meist, die Frau auf Arbeit zu schicken, um so einigermaßen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ein- und Ausgaben herzustellen. Nun wird der Mann krank. Die schwere Erkrankung des Mannes zwingt die Frau, von der Arbeit wegzubleiben, um denselben zu pflegen, oder mindestens ein andere Person zur Pflege herbeizuziehen. Ein großes Loch in den Einnahmen finden wir hier schon, zudem in vielen Fällen der Mann weniger Krankengeld bekommt, als sein Verdienst ausmacht. Nun kommt aber noch hinzu, daß vom Arzt für den Kranken bessere Kost verordnet wird, auch soll er Weine trinken; hier entstehen eben Ausgaben, die in keinem Verhältnis mit dem Krankengelde stehen. Auch verordnen die Ärzte, erfreulicherweise, durch das unheimliche Anwachsen der Lungenerkrankheiten, vielfach als bestes Mittel Landluftenthalt. Hier erwachsen noch wiederum große Nebenspeisen. Es kann auch der Fall sein, daß der Mann arbeitslos wird und Arbeitslose können auch krank werden, vielfach schon aus Elend. Dann hat er nur 13,80 Mk. pro Woche Krankengeld, da er doch die Rechte bei den Zwangsversicherungen verliert. Und ich sage, ein Verbrecher an seiner Familie ist der, der nicht in den gesunden Tagen dafür sorgt, diese in schlimmer Zeit vor Elend zu schützen. Nur eine Frage wolle mir der Vorstand beantworten. Würde ein Beamter mit ca. 60 Mark Wochenlohn seine Familie und sich mit 20—24 Mark Krankengeld erhalten können, wenn im Krankheitsfalle das Gehalt eingestellt wäre? Oder sind die Arbeiter keine Menschen und haben dieselbe Erbsenzurechtigung wie ein Anderer?

Also der Mann ist gezwungen, wenn ihm am Wohl seiner Familie gelegen ist, sich noch in einer weiteren Klasse aufnehmen zu lassen. Dies macht er zumeist in Lokalkassen und selten höher als 6—10 Mk. wöchentlich; denn seine Einnahmen erlauben es ihm schon nicht, mehr für Krankentilgungsbeträge zu zahlen. Bei ledigen Leuten habe ich in der Praxis die Erfahrung gemacht, daß hier eine dritte Versicherung zu den größten Seltenheiten gehört. Wo kann man sich bis zu 30 und 32 Mk. versichern hat, soll ihm nach den neuen Bestimmungen 8,10 Mark wieder gekürzt werden. Dazu hat er sich nicht aufnehmen lassen; sondern in der Hauptsache deswegen, daß er bei den unsicheren Erwerbsverhältnissen, falls er gezwungen ist in arbeitsloser Zeit den Ort zu verlassen, um sich wieder Arbeit zu suchen, wodurch er seine Rechte in den Zwangsversicherungen verliert, wenigstens eine Klasse hat. Zu diesem Zwecke ist nach Meinung Vernünftiger auch die Gründung der Kasse erfolgt. Dies scheint man aber ganz vergessen zu haben. Sind denn diese Maßnahmen nötig? Haben die Verhältnisse nicht schon verschiedene Male bewiesen, daß nach schlechten Jahren auch wieder gute für die Kasse kommen? Sind nicht jetzt Extrabeträge bewilligt worden, um einen Ausgleich mit den gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen? Ich hoffe, daß die neue Vorstandschaft sich angelegen sein läßt, des eingehenden diese Angelegenheit noch zu prüfen, ehe sie sich mit vielen Filialen in den kräftigsten Widerspruch setzt und durch die dadurch entstehenden Mißbilligungen einer großen Anzahl von Mitarbeitern jede Lust nimmt, in Zukunft für die Kasse zu wirken.

Nach Außen hin ist ohnedies die Krankenkasse schon derart in Mißkredit gekommen, daß es höchste Zeit wäre, andere Wege einzuschlagen. Alles in Allem sind wir nicht vorwärts gekommen und das Ergebnis der letzten Generalversammlung war: *Rückwärts, Rückwärts.*

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Karlsruher Metallarbeiter im Jahre 1901.

H. S. Bei den Arbeitslosen-Debatten im badischen Landtag, wie auch im Karlsruher Stadiparlament im Laufe des letzten Winters wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien wiederholt die Behauptung aufgestellt, die Notlage und die Arbeitslosigkeit der Arbeiter sei durchaus nicht so schlimm, als wie es die sozialdemokratische Presse hinzustellen versuchte. Um nun ein Bild über die Lage der hiesigen Metallarbeiter zu gewinnen, hat Verfasser dieses eine schriftliche Umfrage bei unseren Vertrauensleuten gehalten, die sich in der Hauptsache auf die Zahl der Entlassungen, auf die Verkürzung der Arbeitszeit, auf Reduzierung der Löhne und auf die Behandlung und Mißstände in den Werkstätten erstreckte.

Das Resultat dieser Umfrage ergab ein sehr trauriges Bild. Der größte Betrieb in Karlsruhe, die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, hat 6—700 Arbeiter theilweise ganz, theilweise auf unbestimmte Zeit entlassen, darunter Arbeiter, die schon 10 und 15 Jahre dort beschäftigt waren. Man hat in diesem Betrieb die Taktik verfolgt, den älteren Arbeitern nicht direkt zu kündigen, sondern ihnen zu sagen: „Sie müssen auf unbestimmte Zeit ausbleiben“, was jedoch in den meisten Fällen direkter Entlassung gleichkommt. Viele Arbeiter haben, so bald sie merkten, daß sie entlassen würden oder ausbleiben müßten, sich krank gemeldet. Neben den vielen Entlassungen wurden auch Betriebsbeschränkungen vorgenommen. So wurde in einigen Werken zwei Monate lang bloß 8 Stunden gearbeitet, in anderen 6 Monate und in einigen Werken das ganze Jahr hindurch nur 8 Stunden. Der Betrieb der Gewehr- und Geschosfabrikation stand einige Monate ganz still. Die Arbeiter, die man hier nothgedrungen nicht entlassen konnte, hat man für diese Zeit in anderen Betrieben untergebracht. Neben der verkürzten Arbeits-

zeit mußten sich die Arbeiter auch noch die Reduzierung der Löhne gefallen lassen. So wird uns berichtet, daß Arbeiter 2—3 Pfg. pro Stunde weniger als früher bekommen; aus einzelnen Werken wird von Lohnreduzierungen bis zu 50 Prozent berichtet. Aus einem anderen Werk wird mitgeteilt, daß die Arbeiter 15—20 Mk. pro 14 Tage weniger als früher verdienen. Auch über die Behandlung wird fast überall geklagt; dieselbe ist in allen Werken eine stramm militärische. Titulationen wie Aertl, Sempel, Scherenschleifer sind nichts Seltenes. Ueber schlechte Beleuchtung und ungenügende Ventilation wird in verschiedenen Werken besonders Klage geführt. So liegen die Verhältnisse in der Patronenfabrik. Die Direktion war in der Lage, neben den ziemlich hohen Abschreibungen auf das Betriebskapital 6 Prozent Dividende an die Aktionäre vertheilen zu können, also von einer Nothlage auf dieser Seite kann keine Rede sein.

Etwas anders als in der Patronenfabrik liegen die Verhältnisse in der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. Auch hier haben die Arbeiter unter dem schlechten Geschäftsgang schwer zu leiden. Wegen Mangel an Arbeit wurden etwa 40—45 Arbeiter entlassen.

Seit dem 1. August vorigen Jahres wurde in fast allen Werkstätten die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden reduziert. Die Lohn- und Akkordsätze wurden nicht gekürzt, jedoch haben die Arbeiter durch die verkürzte Arbeitszeit einen Lohnausfall von 25—30 Mk. im Monat. Ueber die Behandlung wird in dieser Fabrik mit einigen Ausnahmen nicht geklagt. Als der größte Mißstand wird bezeichnet, daß so wenig organisierte Kollegen in der Fabrik zu finden sind, ein Mißstand, der in Karlsruhe in allen größeren Fabriken zu finden ist.

In der Eisengießerei und Nähmaschinenfabrik von Junker u. Ruh kamen Entlassungen nicht vor; im Gegenteil, hier wurden noch Arbeiter eingestellt. Das dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß sehr viele Arbeiter, darunter solche, die schon 10—20 Jahre im Geschäft waren, freiwillig ausgetreten sind, um bei Gaid u. Neu oder bei Gröhner in Durlach Beschäftigung zu finden. Auch hier wurde die Arbeitszeit zeitweise auf 8 Stunden reduziert. Reduzierungen der Akkordsätze wurden fortwährend und zwar meistens bei den jüngeren Arbeitern vorgenommen. Ueber ungenügende Heizung, mangelhafte Ventilation und schlechtes Reinigen der Aborte wird stark Klage geführt.

In der Gesellschaft der Elektrischen Industrie wurden 30 Arbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen, ebenso viele sind freiwillig ausgetreten, deren Klage alle nicht mehr besetzt wurden. Den größten Theil des vorigen Jahres wurde bis heute nur 8 Stunden gearbeitet. Die Akkordpreise wurden um 20—50 Prozent und theilweise noch darüber reduziert. Wenn trotzdem die Arbeiter annähernd ihren früher in der guten Zeit verdienten Stundenlohn erreichten, so ist das einerseits auf verbesserte Einrichtungen, andererseits darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter ihre Kräfte bis zum Neuesten anspannen mußten. Ueber die Behandlung wird im Allgemeinen nicht geklagt, obwohl es auch hier nicht an sogenannten Nadelstichen fehlt, insbesondere gegen die Arbeiter, die sich dadurch bemerkbar machen, ihre Mitarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

In der Maschinenfabrik vorm. Nagel in Mühlburg wurden 32 Arbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen. Während 9 Monaten wurde die Arbeitszeit erst von 10 auf 9 und dann auf 8 Stunden reduziert.

In der Eisengießerei von Seneka in Mühlburg wurden 20 Arbeiter entlassen. Die Arbeitszeit wurde 6 Monate lang von 10 auf 9 Stunden reduziert. Ueber Behandlung und Mißstände wird aus den beiden letzteren Fabriken nichts berichtet; doch wissen wir aus Erfahrung, daß dort nicht Alles zum Besten bestellt ist.

Ein Beweis dafür, daß die Unternehmer jede Gelegenheit benützen, um den Arbeitern ihr so wie so spärliches Einkommen zu kürzen, auch dann, wenn sie selbst gar keine Veranlassung haben, über schlechten Geschäftsgang zu klagen, wird durch folgende zwei Fabriken geliefert. Die Waggonfabrik von Schmieder u. Maier war und ist heute noch reichlich mit Aufträgen versehen. Hier hätten noch Arbeiter eingestellt werden können, wenn nicht so viele fertige Arbeit vom Auslande bezogen würde. Die Akkordsätze wurden um 10—20 Prozent, so daß es den Arbeitern theilweise nicht möglich war, auf den angelegten Tagelohn zu kommen. Läßt sich ein Kollege die Reduktion nicht ruhig gefallen und reklamirt, so bekommt er die Antwort: „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ Die wenigen organisierten Kollegen, die noch in dieser Fabrik sind, werden besonders chikanirt. Es ist tief zu bedauern, daß die Arbeiter so uneinig und viele aus dem Verbands ausgetreten sind, um so mehr, als sich hier die Arbeiter vor mehreren Jahren durch ihr geschlossenes Vorgehen Verbesserungen erkämpft haben, u. A. auch die 9stündige Arbeitszeit. Diese ist nun wieder in Gefahr, denn es wurden von Seiten der Fabrikleitung schon verschiedene Versuche gemacht, die 10stündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Da diese Fabrik sehr viele Aufträge vom Staat bekommt, so werden unsere Vertreter im Landtage Veranlassung nehmen, auf die Zustände in dieser Fabrik hinzuweisen.

Die zweite Fabrik, die ebenfalls von der schlechten Geschäftskonjunktur in keiner Art berührt wurde, ist die Nähmaschinenfabrik von Gaid u. Neu. Diese Fabrik hat ihren Betrieb vergrößert. Die Leitung war gezwungen, um alle Bestellungen ausführen zu können, Arbeitsstunden machen zu lassen. In die Aktionäre wurden 11 Prozent Dividende vertheilt; aber trotz dieser günstigen Verhältnisse hat sich die Direktion nicht geschert, die Arbeiter wiederholt mit Lohnreduzierungen zu bedrücken. Die letzte, am 1. April ds. Js. vorgenommene, theilweise über 10 Prozent betragende Reduzierung, hat zur Folge gehabt, daß sich ein Theil dieser Arbeiter der Organisation angeschlossen hat, um in Zukunft derartigen Maßnahmen nicht mehr machtlos gegenüber zu stehen.

Die traurigen Zustände herrschen zweifellos in der Werkzeugmaschinenfabrik von Schmidt u. Co. Auch hier kamen Entlassungen vor, doch gehen hier die meisten Arbeiter infolge miserabler Bezahlung von selbst. Die Arbeitszeit wurde theilweise von

10 auf 9½ und 8½ Stunden reduziert. In Bezug auf Lohnrückerei wird hier das Großartigste geleistet. In dieser Fabrik arbeitet Alles in Akkord. Der Obermeister Schäfer, der sich vom einfachen Tagelöhner bis zu dieser Stellung emporgearbeitet hat und der jetzt 40 Jahre im Geschäft ist, setzt Preise an, daß es den Schloßern unmöglich ist, auch nur einen Pfennig über ihren Tagelohn zu verdienen. Kommt es jedoch einmal vor, daß Einer ein paar Mark mehr verdient, so werden ihm allerlei Chikanen gemacht. In sehr vielen Fällen müssen die Arbeiter, wenn sie ihr Geld haben wollen, die Firma auf dem Geberge vertragen, wie überhaupt die Firma einer der besten Kunden des hiesigen Gebergerichts ist. Von einem Arbeiterauschuß haben die Arbeiter gar keine Ahnung. In der Arbeitsordnung die 1892 das letzte mal abgeändert wurde, heißt es zwar: „im Einverständnis mit dem Arbeiterauschuß“. Die Arbeiter können sich jedoch nicht erinnern, daß seit dem Jahre 1890 eine Auschuwahl stattgefunden hat. Unser Gewerksmann schreibt: „Daß bei uns tieftraurige Verhältnisse bestehen, kommt daher, daß bei uns fast lauter Arbeiter sind, die auf dem Lande wohnen. Dieselben sind für die Organisation nicht zu gewinnen.“

Ähnlich wie in den großen Betrieben, liegen auch die Verhältnisse in den kleinen Fabriken. Auf alle Betriebe an dieser Stelle eingegangen, ist unmöglich. Nur noch einige seien erwähnt. In der Fabrik für Straßenentwässerungsartikel von Geiger wurden Arbeiter entlassen; jedoch nur ledige.

Die Akkordpreise wurden um 10—15 Proz. herabgesetzt. Während 5 Monaten wurde nur 7 Stunden täglich gearbeitet. Die Arbeiter klagten hier besonders über die Anwendung der Strafen bei nur 1 oder 2 Minuten Zuspätkommen, über Abzüge für zerbrochenes Werkzeug und über die Behandlung seitens des Betriebsgenieurs. Diese Mißstände sind jedoch mittelweil durch die Vermittlung der Organisation beseitigt worden. Zur Zeit arbeiten noch 40 Arbeiter dort, meist Schlosser, Dreher und Schmiede, die fast alle Mitglieder des Verbandes sind und zwar auch die, welche auswärts wohnen; also ein Beweis dafür, daß auch die auf dem Lande wohnenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen sind, nur müssen die Kollegen in der Stadt denselben mit gutem Beispiel vorangehen.

In der Mineralwasserapparatenfabrik von Fischer u. Kiefer wurden etwa 15 Arbeiter entlassen. Die Arbeitszeit wurde ab Oktober v. J. von 10 auf 8½ Stunden reduziert. Hier klagten die Arbeiter über die Behandlung, schlechte Ventilation und unerhörte Anstrengung seitens des Herrn Fischer.

In der Maschinen- und Eisenkonstruktionswerkstätte von Frommer wurde die Arbeitszahl von 60 auf 30, also um die Hälfte, reduziert. Der in der Fabrikordnung festgesetzte Lohnzuschlag von 25 Prozent für Überstunden wird den Arbeitern nur dann noch gewährt, wenn sie mehr als 120 Stunden in vierzehn Tagen gearbeitet haben. Die Behandlung ist von Seiten des Chefs und der Beamten eine unannehmliche; jedoch ist hier ein neugeborener Werkführer, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, sehr roh und brutal, und droht den Arbeitern bei jeder Gelegenheit mit dem Maisschmeißen. Die Schutzvorrichtungen sind sehr mangelhaft, die Wortverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Der Arbeiterauschuß steht nur auf dem Papier, von einer Thätigkeit desselben haben die Arbeiter noch nichts gemerkt.

In dem Blecherei- und Installationsgeschäft von Emil Schmidt wurden 15—20 Mann entlassen. Hier werden die Arbeiter in höchst rücksichtsloser und brutaler Weise behandelt. Im vorigen Frühjahr hat dieser Schmidt einen verheirateten Arbeiter aus der französischen Schweiz geholt und demselben 45 Pfg. Stundenlohn und Vergütung der Umzugskosten versprochen. Den Lohn zahlte er ihm, aber die Umzugskosten nicht. Als im Spätjahr die Arbeit etwas nachließ, hat er dem betreffenden Arbeiter 5 Pfg. pro Stunde abgezogen und ihn in jeder Art und Weise gedrückt und chikanirt. Als der Arbeiter sich mit Recht darüber beschwerte, schrieb Schmidt: „Ginaus mit dem frechen Kerl.“ Es sei hier bemerkt, daß der betreffende Arbeiter ein höchstiger und fleißiger Mensch, Abstinenz, ist. Mögen die Arbeiter aus diesem Beispiel die Lehre ziehen, sich erst, ehe sie auf derartige Verlockungen eingehen, bei der Organisation des betreffenden Ortes zu erkundigen, sie werden dann jedenfalls häufig vor Schaden bewahrt bleiben.

Ein Geschäft scheint es jedoch auch unter den mittleren Betrieben zu geben, wo die Arbeiter von der schlechten Konjunktur nichts gemerkt haben. Von den Arbeitern der Firma Nagel u. Weber wird uns berichtet, daß keine Entlassungen vorkamen, die Löhne wurden nicht reduziert, sondern theilweise noch erhöht. Ueber Behandlung und Mißstände haben die Arbeiter hier nicht zu klagen. Früher war das nicht der Fall und wenn sich die Verhältnisse trotz der schlechten Zeit etwas gebessert haben, so dürfte das in der Hauptsache auf den Umstand zurückzuführen sein, daß sich die Arbeiter in größerer Anzahl der Organisation angeschlossen haben.

Auch in den handwerkmäßigen Betrieben hat sich die Krise für die Arbeiter sehr stark fühlbar gemacht. Versünftige Meister waren durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden bestrebt, die Arbeiter so lange, wie möglich zu halten. Die große Mehrzahl der Meister ging jedoch sehr rücksichtslos gegen die Arbeiter vor und wurde neben vielen vorgenommenen Entlassungen eine systematische Lohnrückerei betrieben. In einer ganzen Reihe von Schlossereien wird wieder ein Lohn bezahlt, wie er Ende der 80er und Anfangs der 90er Jahre hier üblich war: für ledige 2,40 Mk. bis 2,60 Mk., für verheiratete Arbeiter 3,00 bis 3,30 Mk.

Zum Schluß will ich noch die Aufmerksamkeit auf einen großen Staatsbetrieb lenken, der die Hoffnung und Schutz so vieler alter und junger Leute, so vieler Frauen und Mädchen ist und der nebenbei gesagt, ein großes Hinderniß für unseren Verband bildet: es ist die Eisenbahnhauptwerkstätte. Wenn die Kollegen in der Hauptwerkstätte Aufnahme gefunden haben, so glauben sie verkannt

zu sein und Fälle, daß Kollegen, die schon 4, 5 und 6 Jahre dem Verbands angehört, ausgetreten sind, sobald sie in der Hauptwerkstätte angefangen haben, sind nichts Seltenes. Unter allen Arbeitern haben jedoch die in der Hauptwerkstätte beschäftigten die Organisation am notwendigsten; denn sie sind gezwungen, Jahrgeldentgelt ein sehr trauriges Dasein zu führen. Es erhalten gelehrte Handwerker einen Anfangslohn von 2,40 M. bis 2,80 M. wöchentlich; dazu kommt 40 Prozent Akkordzuschlag, so daß sie pro Tag 3,86 bis 4,84 M. verdienen. Alle zwei Jahre wird um 10 Pfg. pro Tag aufgebessert und müssen die Leute 8, 10, 12 Jahre in der Werkstätte beschäftigt sein, bis sie endlich einen Lagedienst von 4 M. haben. Ist dieser Lohn erreicht, dann wird nur noch alle 3 Jahre aufgebessert. Nebenbei ist die Aufbesserung der Willkür der Vorgesetzten unterworfen. Die Arbeiter sind sich indessen ihrer traurigen Lage bewußt, nur nicht über die Mittel sind sie klar, die sie anzuwenden müssen, um ihre Lage besser zu gestalten. Sie richten alle zwei Jahre eine Petition an den badischen Landtag um Verbesserung ihrer Löhne. Bis jetzt haben sie jedoch noch nichts bekommen und werden auch in absehbarer Zeit auf diesem Wege nichts erreichen. Wenn man seine Lage verbessern will, so darf man nicht bloß bitten, sondern man muß fordern, und um seine Forderungen mit Erfolg vertreten zu können, muß man sich gute Organisationen schaffen. Das werden auch die Arbeiter der hiesigen Hauptwerkstätte noch einsehen und begreifen lernen müssen.

Aus dieser Schilderung der Karlsruher Verhältnisse kann man ersehen, daß die Lage der Karlsruher Metallarbeiter eine tief traurige ist. Zur Zeit ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß eine Besserung eintreten wird. Etwa 5500 Metallarbeiter sind beschäftigt, davon gehören kaum 400 dem Metallarbeiterverbande an. Wir können wohl sagen, daß in Folge der Krise manche Kollege dem Verbands beigetreten ist, und daß unserer Mitgliederzahl zwar immer noch sehr langsam aber stetig im Wachstume begriffen ist. Es ist auch Hoffnung vorhanden, daß, wenn unsere organisierten Kollegen mit derselben Arbeitsfreudigkeit, mit demselben Eifer und Fleiß wie hauptsächlich in dem letzten halben Jahre für den Verband weiter agitieren, der Zeitpunkt doch nicht mehr allzufern sein dürfte, wo auch die Karlsruher Metallarbeiter mit Erfolg an die Verbesserung ihrer Lage herangehen können.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das 2. Halbjahr 1901.

Mein Bericht erscheint erheblich später als sonst üblich. Das liegt daran, daß ich die Erhebungen über den Verlauf der Krise — wie im letzten Bericht schon angekündigt — vervollständigt habe. Es war dazu eine Betriebsstatistik nötig, d. h. ein Verzeichnis aller Groß- und Kleinbetriebe nach Firma und Branche, mit Angabe der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte. Es mußte auch angegeben werden, wieviel Arbeitskräfte am Schluß des Halbjahrs weniger oder mehr beschäftigt waren, als zu Anfang des Halbjahrs, und das hat bei einzelnen Ortsverwaltungen so viel Zeit erfordert, daß dadurch die Verzögerung im Erscheinen genügend erklärt ist. Hierzu kommt noch, daß die Bearbeitung des Materials eine gewisse Zeit erfordert, und diese Arbeit durch die Fleißlosigkeit zu oft unterbrochen wird.

Mitglieder-Statistik (nach der Beitragsleistung berechnet):

Es hatten Mitglieder die Ortsverwaltungen:	Am Schluß des	
	2. Quartals 1901	4. Quartals 1901
1. Brandenburg	1127	1072
2. Cottbus	79	63
3. Eberswalde	45	47
4. Finsterwalde	121	139
5. Forst	53	59
6. Frankfurt a. O.	96	97
7. Fürstenwalde	86	102
8. Gassen	36	37
9. Greifswald	8	4
10. Guben	17	28
11. Güstrow	36	74
12. Heegermühle	9	11
13. Koepenick	80	98
14. Koeslin	79	86
15. Kolberg	9	7
16. Landsberg	52	80
17. Ludenwalde	156	194
18. Müß i. Mecklenburg	18	11
19. Neu-Stuppin	21	21
20. Neustadt i. Mecklenburg	23	31
21. Rowawes	151	129
22. Potsdam	48	49
23. Prenzlau	18	15
24. Rathenow	441	508
25. Reppen	23	17
26. Roskow	300	282
27. Schwerin	38	55
28. Schmölln	47	41
29. Seehausen	—	12
30. Seelow	81	36
31. Steglitz	279	332
32. Stettin	569	553
33. Stralsund	36	43
34. Torgelow	30	18
35. Wetzow	88	54
36. Wittenberg	12	12
37. Wismar	138	78
Gesamt	4298	4495

Von der Statistik ausgeschlossen ist die Verwaltung Wittenberg, als zum Bezirk GutsMuths gehörig. Neu gewonnen ist die Verwaltung Seehausen.

Es bestanden in Brandenburg und Pommern:

Quartal	Jahr	in Orten	Verwaltungen	mit Mitgliedern
2	1895	22	27	1798
1	1897	27	32	2958
3	1897	34	38	3426
1	1898	33	37	4246
4	1898	35	35	4221
2	1899	34	34	4135

In Brandenburg, Pommern und Mecklenburg:

4	1899	39	39	3803
2	1900	37	37	3910
4	1900	36	36	4138
2	1901	37	37	4398
4	1901	37	37	4495

Die Zu- resp. Abnahme der Mitgliederzahl vom 2. Quartal 1901 zum 4. Quartal 1901 betrug

Zunahme	Abnahme
1. Eberswalde 2	1. Brandenburg 55
2. Finsterwalde 18	2. Cottbus 16
3. Forst 6	3. Greifswald 4
4. Frankfurt a. O. 1	4. Kolberg 2
5. Fürstenwalde 16	5. Müß 7
6. Gassen 1	6. Rowawes 22
7. Guben 11	7. Prenzlau 3
8. Güstrow 38	8. Reppen 6
9. Heegermühle 2	9. Roskow 18
10. Koepenick 18	10. Schmölln 6
11. Koeslin 7	11. Stettin 16
12. Landsberg 28	12. Torgelow 12
13. Ludenwalde 38	13. Wetzow 32
14. Neustadt i. Mecklbg. 8	14. Wismar 55
15. Potsdam 1	
16. Rathenow 67	
17. Schwerin 17	
18. Seehausen 12	
19. Seelow 5	
20. Steglitz 53	
21. Stralsund 7	

Zunahme: 356 | Abnahme: 254
Zunahme in 21 Verwaltungen 356 Mitglieder
Abnahme „ 14 „ 254 „

Es bleibt eine Zunahme von 102 Mitgliedern. Einzelmitglieder sind in folgenden Orten vorhanden: Stargardt i. Pom., Stolp, Waren i. Mecklbg., Friedland i. Mecklbg., Teterow i. Mecklbg., Werber, Köslin, Esterwerda, Kirchhain, Barth, Rauchhammer, Fürstenberg, Biez, Schwedt a. O., Böckitz.

Die Neuaufnahme, Zu- und Abreise gibt folgendes Bild:

Zahl der	Erstes Halbjahr		Zweites Halbjahr	
	1900	1900	1901	1901
Neuaufnahmen	1502	1369	1235	1011
zureisenden (organisierten) Mitglieder	305	327	405	486
abreisenden (organisierten) Mitglieder	705	798	829	746
wegen Beitrags-Rest gestrichenen Mitglieder	494	520	615	646

Zu den vorstehenden Zahlen sei das Folgende bemerkt: Es ist im ganzen Bezirk eine Zunahme von 102 Mitgliedern zu verzeichnen. Da aber 243 Mitglieder vom Zentralverein der Formier übergetreten sind, ist eine Abnahme des alten Bestandes zu konstatieren. Diese Abnahme erklärt sich wesentlich aus den Folgen der wirtschaftlichen Krise. In einem anderen Teile meines Berichtes komme ich eingehend darauf zurück. Für jetzt nur das Folgende: Die Zahl der in den Großbetrieben beschäftigten Metallarbeiter ist in der Berichtszeit in 33 Orten mit 228 Betrieben von 27.924 auf 25.604 zurückgegangen; 8 Betriebe mit 335 Arbeitern sind ganz eingestürzt worden. Insgesamt sind also Ende Dezember 1901 2705 Arbeiter weniger beschäftigt gewesen als Ende Juni 1901, das macht eine Abnahme von 9,7 Prozent der beschäftigten Arbeiter. Daß dabei die organisierten Kollegen am meisten zu leiden haben, ist bekannt. Es ist ferner bekannt, daß bei solchem Arbeitsmangel, wo keine Entlassungen stattfinden, auf die Kollegen ein sehr unangenehmer Druck ausgeübt wird, aus der Organisation auszutreten. Die größten Zahlen der Abnahme sind in den Orten: Brandenburg, Cottbus, Wismar zu verzeichnen. Als Ursachen sind zu betrachten: Die Abreise organisierter Kollegen, und die Wirkungen der Krise. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht, wo die Ursachen in den einzelnen Orten zu suchen sind:

Ortsname	Abnahme an Mitgliedern	Es sind mehr organisierte Kollegen als am 1. Juni 1901	Wirkungen der Krise				
			Abreise organisierter Arbeiter	Abreise von Kollegen, die keine Beiträge zahlen	Abreise von Kollegen, die keine Beiträge zahlen	Abreise von Kollegen, die keine Beiträge zahlen	
Brandenburg	55	50	303	5	1443	1	122
Cottbus	16	4	28	3	208	1	144
Rowawes	22	6	163	1	345	—	—
Roskow	18	—	119	1	105	1	875
Stettin	16	67	1100	?	?	?	?
Torgelow	12	1	—	4	227	3	450
Wetzow	32	8	—	1	236	—	—
Wismar	55	24	38	1	85	—	—
Gesamt	235	160	1751	16	2699	11	1091

Hierbei ist zu bemerken, daß die Abnahme in Stettin erheblich größer als 16 ist, wenn man nur die alten Mitglieder in Betracht zieht, daß aber auch die Krise in keinem Orte des Bezirkes so schwere Schäden angerichtet haben dürfte als hier. Die Oberwerke, welche 1500 Mann beschäftigten, werden voraussichtlich in wenigen Wochen geschlossen, und der Vulkan mit seinen früher mehr als 7000 Arbeitern, hat in der Berichtszeit allein seinen Bestand um mehr als 300 vermindert. Es läßt sich bei so großen Betrieben nur äußerst schwer feststellen, wieviel verkürzte Arbeitszeit gearbeitet wurde und wie die Abzüge vom Lohn und Akkord differt wurden. Der Vulkan ist ein Laubenschlag. Heute 100—300 Mann entlassen, in acht Tagen ebensoviel einstellen — das ist alles schon dageschehen! Verkürzte Arbeitszeit kann man im Berichtshalbjahr für die ganze Arbeiterklasse des Vulkan rechnen, und Gerabekung der Akkordpreise mindestens für die Hälfte der Arbeiter. Es sind jedoch zuverlässige Zahlenangaben nicht zu machen, daher sind diese ganz fortgelassen. Die Organisationsarbeit, die nunmehr geleistet ist, dürfte zuverlässige Angaben für den nächsten Bericht ermöglichen.

Wenn man berücksichtigt, daß auf die acht Orte, welche die größte Abnahme haben, 2/3 aller Arbeiterentlassungen, beinahe die Hälfte aller Betriebsbeschränkungen und 1/2 aller Lohnreduktionen entfallen, so wird man auch verstehen, daß diese Mitgliederverluste eintreten können, ja man möchte sagen: bei dem Druck von „Oben“ eintreten müssen. Das erklärt natürlich auch die vielen Streichungen wegen Beitragsresten und dürfte es überflüssig sein, noch weitere Bemerkungen zu machen. Erwähnt mag noch werden, daß der stets schon bemängelte Wechsel der Beamten, daß persönliche Reibereien und andere ähnliche Dinge auch nicht fördernd wirken, daß Neid und Mißgunst und schließlich oft auch eine ganz unbegründete Furcht vor Entlassung — daß das alles zusammen den Fortschritt außerordentlich hemmt.

Die Zunahme an Mitgliedern in Güstrow ist auf die Inbetriebsetzung der ehemaligen Waggonfabrik durch einen dänischen Unternehmer, die in Rathenow durch die Vorarbeiter für den Neuaufschluß des Tarifvertrages zurückzuführen. In den übrigen Orten ist wesentlich eine geschickte und pünktliche Durchführung der Verbandsgeschäfte die eigentliche Ursache. In einigen Orten kommt auch der Uebertritt der Mitglieder des ehemaligen Zentralvereins der Formier in Betracht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten diene hiermit zur Kenntnis, daß seitens des Vorstandes eine neue Agitationschrift herausgegeben worden ist und sehr wir eventuellen Bestellungen derselben entgegen.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Straßburg eine monatliche Extrasteuer von 5 Pfennig pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Staffort wurde irrthümlicherweise das Recht der Erhebung eines Extrabeitrages zugesprochen, was hiermit berichtigt wird.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wird nach § 3 Abs. 7 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: der Klempner Robert Winkelmann, geboren am 10. September 1861 zu Rogaz, Buch-Str. 7, wegen unkollegialen Verhaltens.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß aus dem bezw. Nichtwiederaufnahme in den Verband wird hierdurch den nachstehend bezeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Den Mitgliedern August Rudies, geb. am 2. Aug. 1870 zu Werbenberg, Buch-Str. 436, 362, Benedikt Buchbach, geb. am 23. März 1876 zu Birrisborn, Buch-Str. 436, 369, Robert Rienaß, geb. am 8. Oktober 1881 zu Danzig, Buch-Str. 436, 391, die Unterschlagung einkassierter Verbands-gelder.

Sobald wird hiermit richtig gestellt, daß die in der Verurteilung der Jahresrechnung unter Uchersleben veröffentlichte Verlustsumme nicht die Verwaltungsstelle Uchersleben, sondern Uchersleben betrifft, was wohl auf einen Druckfehler zurückzuführen sein dürfte.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Geodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

einer armen Arbeiterin die Ehre und Ehrentag vernichtet, dann feiert man das Bacchanal, darin frischt man die bis auf ein Minimum geschwundenen Kräfte an den Geschlechten...

Ein Kollege überraschte den Augenbold bei Ausübung eines geschlechtlichen Aktes, was hat nun Feinze? Er wollte den Kollegen mit einer Maß bestrafen!

Viel ist hier am Orte noch zu thun, um den schmutzigen Dunstkreis der Unwissenheit zu vertreiben und die Aufklärung in die Masse hineinzutragen.

Schweiz. Der Streit bei Escher, Wyß & Cie. in Zürich dauert unverändert fort.

Schweden. Ein ungeheuerliches Attentat auf das Koalitionsrecht unserer schwedischen Kollegen haben die Stocholmer Eisenindustriellen unternommen.

England. Im englischen Unterhaus hat ein Mr. Beaumont am 13. Mai eine Resolution eingebracht, in der ausgesprochen ist, daß gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind, um zu verhindern, daß die Arbeiter durch von Richtern vorgenommene Ansetzung von Gesetzen...

Wien. Die hiesigen Kollegen warnen die deutschen vor der Firma Münchmayer & Comp. in Wien.

Rundschau.

Eine sonderbare Auffassung über die Notwendigkeit des Behaltens verrät ein Klempnermeister, der in der Deutschen Klempner-Zeitung folgende Anfrage stellt: Frage 9059. Ich habe einen Lehrling, der jetzt das letzte Jahr lernt.

der Arbeitszeit vornehmen will. Es ist einfach eine Flegel von seiten des Lehrlings, wenn er seinem Meister nicht das Wort darum vergönnt ihn um die nötige Erlaubnis zu bitten, wenn er sich irgend einem Verein anschließen will.

Ich habe rücksichtslos von meinem Rechte Gebrauch gemacht und damit stets erzieht, daß die Eltern einlenkten und den Sohn zum Gehorjam in allen Stücken gegen ihren Lehrmeister zwangen.

Respekt muß der Untergebene vor seinem Meister haben, und wird derselbe in irgend einer Weise untergraben, dann ist es das gute Recht des Meisters den respektloßen Gesellen auf die Straße zu setzen.

Die Amalgamated Society of Engineers hat nach ihrer letzten Monatsabrechnung (vom April) 91,966 Mitglieder und damit die höchste Mitgliederzahl erreicht.

Die hiesigen Kollegen warnen die deutschen vor der Firma Münchmayer & Comp. in Wien. Diese Firma macht nämlich Verprechungen auf Löhne x., die sie später nicht hält.

Moskau. Derartige Aufrufe sendungen senden wir stets an den Hauptvorstand. Stockholm, Gifalsund. Wir haben die Aufforderung dem Hauptvorstand übermittelt.

10,906 Stimmen gegen 8481, daß es beim gegenwärtigen Zustand verbleiben, also daß der Verband der Trades-Union-Kongressen fernbleiben soll.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg). Bekanntmachung.

Das Mitglied Max Hörning, 132,467, ist nach § 5 Abs. 4 und das Mitglied Friedr. Römig, 130,326, nach § 5 Abs. 2 bezw. Abs. 3 des Statuts ausgeschlossen.

Bekanntmachung.

Bei der Konstituierung der Revisions-Kommission wurde der Unterzeichnete als Vorsitzender, S. Brand als dessen Stellvertreter und S. Hoffmann als Schriftführer bestimmt.

Bei jedem Falle ist die genaue Adresse des Mitgliedes (welches Verurteilung einreicht) anzugeben.

Bei den Beschlüssen ist immer das Datum der Beschlussübermittlung anzugeben.

Die Beschlüsse können kurz abgefaßt sein, wie folgt: Gegen den mir am ... (Datum) ... übermittelten Vorstandsbeschluss reiche ich unter Verweisung des Beschlusses Verurteilung an das Schiedsgericht ein und beantrage Aufhebung des Beschlusses (u. s. w.).

Name und genaue Adresse des Mitgliedes.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Ort (Filiale), Datum.

Verbands-Anzeigen.

- Altötting. Samstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Apfeln. Althausenburg. Samstag, den 28. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Bayerischen Hof, Löherstraße 8. Augsburg. Samstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im blauen Bod. Gamburg. Samstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Marktsbrücke. Garmen-Glbersfeld. (Klemp- und Metallarbeiter.) Samstag, den 8. Juli, Abends punkt halb 9 Uhr, bei 171, Parlamentsstraße 5, Garmen. Garmuth. Samstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, bei Carl im Kreuz.

Litteratur.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dießl Verlag) ist soeben das 37. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gewerkschaften und Sozialdemokratie. — Das neuseeländische Ideal. Von M. Beer. — Koalitionsrecht und Exzess. Von Hugo Haase. — Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Von Emil Fischer. — Ein Blick auf die christliche Gewerkschaftsbewegung. Von Otto Hub. — Die Kunst der Rede. Von Edmund Fischer. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Wurm. — Litterarische Rundschau: Bornhat, Conrad, Die deutsche Sozialgesetzgebung. Von der Gütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Ballfisch) ist soeben das fünfste Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Melchior Mehr. (Fortf.) — Der Burenkrieg. Ein Überblick von Rudolf Krafft. (Schluß.) — Spruch. Von Goethe. — Der Heidebrand. Gedicht von Heiler von Liliencron. — Der Boden, auf dem du stehst. Von Curt Grotenmiß. (Schluß.) — Die Infektionskrankheiten. Von Dr. Popitz. (Fortf.) — Rhythmische Lieder. Gedicht von Goethe. — Die Zukunft. Aus dem Ruffischen des Anton Tschschow. — Fahrendes Volk. Von John Schkewski. (Fortf.) — Sehnsucht. Gedicht von Julius Groffe. — Der alte und der junge Rath. Zwei Charakterbilder von Justus Wöber. — Adler und Laube. Gedicht von Goethe. — Zweibein. Märchen von Karl Gmahl. (Fortf.) — Politik und Volkswirtschaft. Notizen. — Kunstbeilage: Im Reich der Großstadt. Nach einer Steinzeichnung von G. Lübig.

Briefkasten.

- Moskau. Derartige Aufrufe sendungen senden wir stets an den Hauptvorstand. Stockholm, Gifalsund. Wir haben die Aufforderung dem Hauptvorstand übermittelt.

